

Nr. 5 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 14. Jänner 1868 – Protokoll I

RS.

Gegenwärtige: der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke, der Reichskriegsminister Freiherr v. John,¹ Generalkriegskommissär Früh, der k. k. Ministerpräsident Fürst Auersperg, der k. k. Ministerpräsidentenstellvertreter und Landesverteidigungsminister Graf Taaffe, der k. k. Landesfinanzminister Brestel, der k. k. Minister des Inneren Giskra, der kgl. ung. Ministerpräsident und Landesverteidigungsminister Graf Andrassy, der kgl. ung. Finanzminister v. Lónyay, der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Festetics.

Protokollführer: Sektionschef v. Hofmann.

Gegenstand: Militärbudget.

KZ. 60 – RMRZ. 5

5. Sitzung des gemeinsamen Ministeriums vom 14. Jänner 1868 unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Freiherrn v. Beust.

Reichskanzler Freiherr v. Beust ergriff das Wort, um an Ministerpräsidenten Fürsten Karl Auersperg das Ersuchen zu richten, das Resultat der gestern von seiten des Ministeriums für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder über das Militärbudget stattgehabten Besprechung mitteilen zu wollen.²

Fürst Karl Auersperg: Der Gegenstand sei ebenso eingehenderweise wie hier im Kollegium beraten worden, und man sei übereingekommen, diejenige Position zu unterstützen, welche gestern hier von seiten des Herrn Ministers des Innern empfohlen worden sei. Bezüglich des Details werde Minister Giskra Auskunft geben.³

Minister Giskra: Er habe 75 Millionen bei seinen Freunden befürwortet, aber den lebhaftesten Widerstand gefunden. Es sei ihm entgegengehalten worden, daß das frühere Budget nur mit 73 ½ Millionen beziffert gewesen sei, und man gerate in eine mißliche Position, wolle man weitergehende Forderungen verteidigen. Allerdings komme in Betracht, daß ein Nachtragskredit nur sehr schwer angesprochen werden könne und

¹ Beachtenswert ist, daß der Herrscher am 11. 1. 1868 sagt, daß jetzt ein Kriegsminister fehle, und drei Tage später John dennoch im gemeinsamen Ministerrat erscheint. Vgl. GMRProt. v. 11. 1. 1868, RMRZ. 3. Anm. 5.

² Im Index der Kab.Kanzlei findet sich keine Spur davon, daß am 13. Januar ein regelmäßiger cisleithanischer Ministerrat abgehalten worden wäre.

³ Beachtenswert ist, daß über die Budgetverhandlungen Innenminister Giskra berichtet, obwohl die cisleithanische Regierung auch einen Finanzminister hat, der an den gemeinsamen Ministerratsitzungen teilnimmt. Es mag parteipolitische Gründe dafür geben, daß Giskra der Sprecher ist, „er habe 75 Millionen bei seinen Freunden befürwortet“. (Hervorhebung von É. S.) Vgl. RUDOLF, Karl Fürst Auersperg als Ministerpräsident (1868) 116.

daß mancherlei Vorräte neu angeschafft werden müssen. Die Mehrheit im Ministerrat habe sich endlich für 75 Millionen erklärt, dabei aber den Wunsch ausgesprochen, das Extraordinarium zu kennen, weil nur dadurch ein Schluß auf die im Ordinarium enthaltenen Ansprüche möglich sei. Allseitig habe sich das Verlangen kundgegeben, daß das Extraordinarium nicht zu hoch gegriffen erscheine. Ein Mitglied des Ministerrates habe auf der Ziffer von 73 ½ Millionen beharrt. Zu einem förmlichen Beschluß wurde, wie dies durch die Natur des Gegenstandes bedingt sei, nicht geschritten.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Ein direktes Eintreten der Landesminister stehe nicht in Aussicht, man verlange von ihnen nur ein Negatives, nämlich: nicht zu hindern.⁴ Im Jahre 1865 seien 77 Millionen vom Ausschuß beantragt worden. Man habe damals zwar eine Provinz mehr besessen, man glaube aber auch an einen Zustand gesicherten Friedens, während die jetzigen Verhältnisse prekär, beinahe drohend seien. Gerne würde auch Ah. Orts die Versicherung erteilt werden, daß viel weitergehende Ersparnisse möglich seien, nur müsse die Militärorganisation feststehen. Jedenfalls glaube er, das Resultat der Beratung des cisleithanischen Ministeriums nicht so zu verstehen, als sei dadurch ein Zurückkommen auf eine höhere Ziffer ausgeschlossen.

Minister des Innern Giskra: Bei der Summe von 75 Millionen sei er von der Annahme ausgegangen, daß der Betrag für die Militärgestüte im Extraordinarium Platz gefunden habe. Da dies nun nicht der Fall sei, so komme noch eine Million hinzuzuschlagen, und er sage daher eigentlich 76 Millionen.

Kriegsminister Freiherr v. John: Im Jahre 1867 habe die Gebarung dem Voranschlage gemäß stattgefunden. Die eintretende Preiserhöhung habe einen Nachtrag erforderlich gemacht, später seien die Preise aber nochmals gestiegen. Bei dem gewünschten Abstriche sei es daher eine Unmöglichkeit, die Armee zu verpflegen.

Finanzminister Freiherr v. Becke: Das Militärbudget im Jahre 1867 sei in toto mit 76 Millionen Ordinarium und 14 Millionen Extraordinarium beziffert gewesen. Man müsse sich doch vor allem klar machen, welche Abstriche dann auch wirklich möglich seien.

Kriegsminister Freiherr v. John: Die Delegationen hätten es vollständig in der Hand, jede ungerechtfertigte Ausgabe hintanzuhalten. Abstriche vorzunehmen, ohne zugleich eine andere Basis zu fixieren, sei aber unmöglich. Die Durchführungsmodalitäten würden solche Kosten in Anspruch nehmen, daß kein erheblicher Gewinn aus der Reduktion erwüchse.

⁴ *Über die Rolle der Regierungen der beiden Staaten bei der Feststellung des gemeinsamen Budgets siehe GMRProt. v. 13. 1. 1868, RMRZ. 4. Anm. 6.*

Gegenwärtig seien 3980 supernumeräre Offiziere vorhanden. Wollte man sie auf den Pensionetat setzen, so würde kaum eine Million erspart, und welchen Eindruck müßte es hervorbringen, würden zu Recht bestehende Verhältnisse ohne weiteres ausgestrichen. Solche Übelstände seien für die Zukunft nur durch ein besseres Wehrgesetz zu vermeiden. Man spreche von Sinekuren für Generäle. Männern, die 30 bis 50 Jahre gedient, auch ihre Haut zu Markte getragen hätten, sei ein ehrenvoller Ruheposten wohl zu gönnen. Jedenfalls könne man rechtlich erworbene Ansprüche nicht mit einem Federstreich wegdekretieren, kein Kriegsminister könne die Verantwortung hiefür übernehmen. Man möge mit seinem Nachfolger ein Budget vereinbaren, das auf unsere jetzigen finanziellen Verhältnisse basiert sei, er aber könne auf einer Grundlage nichts ändern, die ihm nicht bekannt sei. Bisher sei von keiner Seite an den Kriegsminister die Forderung herantreten, das Militärbudget um diese oder jene Ziffer herabzusetzen, man sei denn des Dafürhaltens, es müsse schon auf Andrang der Journalisten geschehen.

In einer Ministerkonferenz unter dem Vorsitze Seiner Majestät sei der Betrag von 80 Millionen festgestellt worden.⁵ Er habe sich dem akkommodiert, und ehrlich versucht, damit das Auslangen zu finden. Nun in der letzten Stunde sage man ihm wieder, du hast noch zu viel, du mußt noch weiter heruntergehen; sofort abermals eine neue Vorlage zu machen, sei rein unmöglich.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Vergleiche man die Lage im Monate Juli mit der jetzigen, so habe in formeller Beziehung die Änderung stattgefunden, daß mittlerweile die Bildung des cisleithanischen Ministeriums erfolgt sei. Dieses könne sich erst jetzt mit der Angelegenheit befassen. Man vermöge dem Vertretungskörper nicht das Recht streitig zu machen, nach weiteren Ersparungen zu streben, und müsse nur darauf hinzuwirken trachten, daß diese Befugnis in zweckmäßiger Weise ausgeübt werde. Praktisch genommen, handle es sich darum, das Budget durchzubringen, mit möglichst geringer Verminderung.

Fürst Karl Auersperg: Das cisleithanische Ministerium sei erst in der zwölften Stunde um Unterstützung angegangen worden, und es entsteht nunmehr die Frage, ist es dieselbe zu leisten imstande oder nicht? Er müsse seine Ansicht positiv dahinaus aussprechen, das Ministerium sei nicht in der Lage, an der Ziffer von 80 Millionen festzuhalten. Daß die Vorwürfe des Herrn Kriegsministers nicht begründet seien, zeige der faktische Verlauf, den die Angelegenheit genommen.

Kriegsminister Freiherr v. John: Wie unrichtig es sei, von einer anormalen Ziffer zu sprechen, zeige klar ein Vergleich der Zahlen. Die Anforderung sei dieses Jahr nicht größer als das vorige, und auch die Verhältnisse hätten sich in nichts geändert.

⁵ *Siehe MR. v. 31. 7. 1867, MRZ. 168. Nr. II.*

Landesfinanzminister Brestel: Das cisleithanische Ministerium komme in doppelter Beziehung in Betracht: I. Hinsichtlich seiner Meinung über die Zulässigkeit des Betrages, dies sei der rein finanzielle Standpunkt. Natürlich könne erst mit der Existenz des Ministeriums dasselbe darüber vernommen werden; II. in bezug auf eine Anfrage an die Ministerkonferenz, ob und inwiefern gewisse persönliche Einflüsse tätig sein könnten, damit eine gewisse Summe von den Delegationen bewilligt werde. Nicht um Garantie, sondern nur um persönliche Verwendung könne es sich handeln, und der Erfolg sei jedenfalls zweifelhaft.

ad I. sei das cisleithanische Ministerium für eine Verminderung, weil die Verhältnisse seit dem Jahre 1865 sich verschlimmert haben. Man bedenke nur, welche Zinsenlast hinsichtlich der Staatsschuld neuerlich zugewachsen sei. Einzelne Posten müssen jedenfalls bedeutend reduziert werden. Sehr wichtig sei die Höhe des Extraordinariums. Durch Änderungen im Wehrsystem würde sicherlich keine Ersparnis erzielt werden.

Kriegsminister Freiherr v. John: 500 000 neue Hinterlader seien in Aussicht genommen, 250 000 werden umgestaltet.^a Der Erwägung wert sei noch die Beantwortung der Frage: müssen alle die Vorräte à tout prix noch im Jahre 1868 beigeschafft werden, oder ist es tunlich, eine Verteilung auf einen längeren Zeitraum eintreten zu lassen?

Ministerpräsident Graf Andrássy: Baron Beust habe den Standpunkt des Reichsministeriums, Fürst Auersperg jenen des cisleithanischen dargelegt, er wolle nun in gleicher Weise für das ungarische das Wort führen.

Reichsfinanzminister Becke habe im Juli 70 Millionen für das Kriegsbudget vorgeschlagen, der Repräsentant des Kriegsministeriums habe dagegen Einwendungen erhoben und bei Seiner Majestät dem Kaiser Unterstützung gefunden. Sodann sei dieses Budget mit 80 Millionen in runder Summa festgestellt worden, wogegen die ungarische Regierung keine Einsprache erhoben habe. Eines Extraordinariums sei bereits damals erwähnt worden, es habe sich aber nur von Hinterladern, Festungen, Munition und Monturen gehandelt. Seit dieser Zeit habe sich herausgestellt, daß der Betrag für die supernumerären Offiziere noch hinzugekommen sei, wovon man früher noch nichts wußte, und den man ungarischerseits in das Ordinarium aufgenommen wähnte. Ungarn sei demnach nicht verpflichtet, die ursprüngliche Ziffer durchzusetzen, wenn in der anderen Delegation Abstriche gemacht werden. Nachdem es die Aufgabe sämtlicher Ministerien sei, eine partielle Diskussion über das diesjährige Kriegsbudget womöglich zu vermeiden, so sei es besser, auf die nicht zu verteidigenden Punkte im voraus zu verzichten. Über diese Punkte hinaus solle man dann aber auch

^a *Randbemerkung Johns* Für heuer davon sind 150 000 in Bestellung gegeben, 500 000 werden umgestaltet.

keinen Zollbreit weiter gehen. Das ungarische Ministerium würde an diesem Grundsatz unverbrüchlich festhalten.

Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke: Man möge nicht aus den Augen verlieren, daß er in fünf Tagen seine Vorlagen machen und zuvor Seine Majestät den Kaiser um die diesfällige Bewilligung bitten müsse. Er sei dafür, den Gegenstand in dem Vortrage allseitig zu beleuchten, und es dann der Ah. Entscheidung anheim zu geben, ob es bei den 80 Millionen zu verbleiben habe oder nicht?

Reichskriegsminister Freiherr v. John: Die 80 Millionen seien unerläßliches Bedürfnis. Er habe um Enthebung von seinem Posten angesucht, könne aber als ehrlicher Mann nicht sagen, daß ein anderer auszukommen imstande sein werde, wenn ein Abstrich stattfindet.⁶

Fürst Auersperg: Ein Vergleich mit den früheren Jahren liefert den Beweis, daß es möglich sei, auch mit einer verminderten Summe auszukommen. Auch er müsse daher bei seiner Ansicht beharren.

Minister des Innern Giskra: Er sei bei seiner Berichterstattung über das Kriegsbudget in den früheren Jahren noch viel zu rücksichtsvoll vorgegangen. Die Interkalarien seien sehr erheblich und liege deren Ausdehnung ganz in der Hand der Kriegsverwaltung. Die Pensionierung der supernumerären Offiziere müsse nun einmal geschehen. Möge die Maßregel hart erscheinen, so sei sie doch nicht ohne Präzedenz. Mehr als 800 Buchhaltungsbeamte seien geradezu auf die Straße geworfen worden. Minister Giskra wiederholte dann seine in der letzten Sitzung gemachten Bemerkungen über die Notwendigkeit ausgedehnter Beurlaubungen, Abschaffung der Militärdiener, die dreijährige Präsenz, den Stand der Musikbänden, das Wünschenswerte einer Herabsetzung der numerischen Stärke der Jägerbataillone und Schwadronen, durch welche Reformen das Wesen unseres Kriegsheeres in keiner Weise tangiert werde, und fügte bei, daß die Zahl der Batterien um 24 vermehrt worden sei, so daß jetzt 144 bestünden. Auch er wolle nicht zerstören, aber den Beweis liefern, daß auch mit einer minderen Summe als 80 Millionen der Zweck noch erreicht werden könne.

Kriegsminister Freiherr v. John: Was das Interkalar betreffe, so müsse er bemerken, daß die Abgänge nur im Frühjahr und Herbst ergänzt werden. Er habe Seine Majestät gebeten, mit den Ernennungen nur alle Viertel- oder gar nur alle halbe Jahre vorzugehen. Gegenwärtig seien 38 Stabsoffiziersstellen vakant. Rücksichtlich der Offiziersdiener wolle er nicht verschweigen, daß er anfangs auch für deren Abschaffung gewesen sei, er habe aber seine Meinung geändert. In allen anderen Staaten seien die Offiziere besser gezahlt als in Österreich, und ohne

⁶ Vgl. GMRProt. v. 11. I. 1868, RMRZ. 3. Anm. 5.

eine solche Einrichtung sei die Disziplin in der Truppe gefährdet. Die Kavallerie sei jetzt schon auf einen Stand herabgesetzt, der mit der Macht des Staates nicht in dem richtigen Verhältnisse stehe. Solle die Schwadron 100 statt 120 Mann zählen, so wäre sie bei einem allfälligen Ausmarsch erst nach drei Monaten schlagfertig, und es würde ungeheueres Opfer erheischen, sie nach einem Échec oder auch nur lang andauernden üblem Wetter zusammenzuhalten. Der Stand der Artillerie sei erhöht worden, weil der letzte Krieg die Wichtigkeit dieser Waffe und deren vortreffliche Bedienung in Österreich auf das klarste habe erkennen lassen. Die Kosten aber betrügen nichtsdestoweniger kaum ein Mehr von 40 000 fl. Die Jägerkompagnien erlitten nach ihrer Verwendung vor dem Feinde in der Regel größere Verluste, bedürften zu ihrer Ausbildung einer höheren Dienstzeit und erforderten daher einen größeren Stand. Preußische Blätter hätten nach dem Feldzug vom Jahre 1866 vielfach betont, daß unsere Infanterie nichts taue, weil sie zu wenig geschult sei. Hätte man lauter Wiener oder Prager Studenten zur Verfügung, so wären anderthalb Jahre genug: mit Leuten aus der Bukowina genüge kaum das Doppelte. Alle diese Fragen seien übrigens früher bereits zur Verhandlung gekommen und in Erwägung gezogen worden, und verliert schließlich der Kriegsminister einen statistischen Vergleich bezüglich des Kriegsbudgets der verschiedenen Staaten, des Staatseinkommens, der Kriegsstärke und der Kosten des einzelnen Mannes in der Armee – aus dem hervorgeht, daß in Österreich sich in dieser Beziehung die geringsten Kosten herausstellen.^b

Minister des Innern Giskra: Die Gesamtzahl der Kavallerie betrage selbst in Rußland nur 30 916 Pferde, wir hätten 33 000, Frankreich 39 374 mit der Garde, ohne Algier nur 30 798; Preußen besaß im Jahre 1865 23 738 Mann mit 22 000 Pferden. Wegen der beabsichtigten Augmentation auf 30 000 entstand in letzterwähntem Staate der konstitutionelle Konflikt. Auch nach der vom Vortragenden gewünschten Verminderung würde Österreich 25 000 Pferde behalten.^c

Reichskanzler Freiherr von Beust faßte den Beschluß dahin, daß Seiner Majestät dem Kaiser das Wünschenswerte einer noch weiteren Ersparnis vorgetragen, Allerhöchstdemselben zugleich jedoch die volle Gewißheit gegeben werden solle, daß an der schließlich vereinbarten Ziffer unter allen Umständen festgehalten werden müsse.

Beust, Becke, John

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 30. Januar 1868. Franz Joseph.

^{b-b} *Einfügung Johns.*

^c *Randbemerkung Johns* Der Kriegsminister erklärt, nicht in der Lage zu sein, die genaue Ziffer der Kavallerie der verschiedenen Staaten positiv anzugeben – muß aber behaupten, daß die eben angeführten Zahlen unrichtig und viel zu tief angegeben seien.